Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

[illegible]konto: Dresden, [illegible] Nr. 1298.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M. Einzelnummer 40 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 3,00 M. Familienanzeigen 2,80 M., die 3gespaltene Reklamezeile 10,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Erscheinungstermin 40 Pf.

Nr. 293 | Dresden, Sonnabend den 17. Dezember 1921 | 32. Jahrg.

So geht es nicht weiter!

London, 16. Dezember. Das Problem der Erwerbslosigkeit und seine Beziehungen zur internationalen Lage wurden gestern zwischen Lloyd George und einer Abordnung des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei, des Generalrates des Gewerkschaftskongresses und der parlamentarischen Arbeiterpartei erörtert, die ihm eine Entschließung der letzten Arbeiterkonferenz unterbreitete und befürwortete. Nach einer Ansprache von Clynes erinnerte Lloyd George zunächst daran, daß Briand in der nächsten Woche auf seine Einladung hin nach London kommen werde, um mit ihm die wirtschaftliche Lage zu erörtern, und fuhr weiter: Das deutsche Volk lebe [illegible] der Verlängerung der ungesunden Verhältnisse des Krieges. [illegible] erklärte ihm in der letzten Woche, daß in Deutschland binnen [illegible] Zeit ein unbedingter Zusammenbruch erfolgen müsse, wenn die Dinge so weiter [illegible]. Lloyd George forderte die Arbeitervertreter auf, bei ihrer [illegible] zu bedenken, ob nicht durch ihre Erklärung ähnliche [illegible] in England hervorgerufen werden könnten. Er könne die Verantwortung für solche Schritte nicht übernehmen.

Es sei klar, daß die Bezahlung der Reparationen Deutschland schmerzen müsse. Die Nichtbezahlung aber würde Frankreich zweifellos mehr schmerzen. Das britische Volk wolle, daß Europa sich beruhige und daß überall normale Verhältnisse be[illegible]. Frankreich könne aber nicht zur Ruhe kommen, wenn es [illegible] mache, um seine zerstörten Gebiete wieder herzustellen. Es handle sich um die Frage, ob diejenigen, die die Schäden angerichtet hätten, sie auch bezahlen sollten, oder ob diejenigen bezahlen sollten, die nicht verantwortlich seien.

Ueber die russische Frage sagte Lloyd George: England war das erste Land, das Handelsbeziehungen mit Rußland anknüpfte, trotz dem Wirrwarr[illegible] im Innern und im Auslande. Rußland ersuchte jetzt ernstlich um eine Konferenz. England sei vollkommen bereit, eine solche Konferenz stattfinden zu lassen. Es werde vielleicht aber noch längere Zeit dauern, bis die Teilnahme aller übrigen Länder an dieser Konferenz gesichert werden könne. Lloyd George erklärte zum Schlusse, er werde alle [illegible] mit Briand in den nächsten Wochen erörtern.

*

London, 16. Dezember. Der Lordkanzler Birkenhead [illegible] gestern abend in einer Rede über die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas, die Bezahlung von Reparationen [illegible] den früheren Feinden in einem solchen Maße, wie es geplant [illegible] und wie es von hohen Finanzautoritäten empfohlen wurde, [illegible] unmöglich. Die Lage sei einfach die, daß die gesamte Welt [illegible] zu der Einsicht gekommen sei, daß diese ungeheuerlichen Summen tatsächlich nicht eingetrieben werden können. Wenn die Regelung der Geldfragen in seinen Händen läge, so würde er Deutschland erklären: Ihr müßt alle Verwüstungen Frankreichs und Belgiens wieder gutmachen durch Arbeit und Materiallieferungen. Das würde mehr wert sein als die Verurteilung aller deutschen Kriegsverbrecher. Wir müssen weiter in Europa Bremungsarbeit verrichten. Um das zu tun, müssen wir zu einer Vereinbarung mit Frankreich und Deutschland kommen. Man müsse auch zu einer Vereinbarung mit Rußland gelangen. Er hoffe zuversichtlich, daß die Erörterungen zwischen Briand und Lloyd George zu einem guten [illegible] führen würden. Es sei wahr, daß Deutschland nicht unmittelbar die Reparationen, die es den Alliierten schulde, erlassen werden [illegible]. Es sei notwendig, daß jede Regelung mit Bedingungen verknüpft werde. Die Alliierten könnten beispielsweise nicht ohne Besorgnis die unbegrenzte Ausgabe von neuem Papiergeldes in Deutschland mit ansehen. Alle diese Fragen müßten jedoch nun geregelt werden als Ergebnis des Uebereinkommens mit Frankreich und England. Birkenhead sagte unter Beifall mit Nachdruck: Die Zeit für eine solche Vereinbarung sei gekommen. Unsre nächste Aufgabe müsse daher sein, was an der Wiederherstellung des europäischen Schadens und der europäischen Industrie zu machen.

*

Vollständige Revision des Versailler Vertrages

London, 17. Dezember. Wie aus Neuyork gedrahtet wird, hat Senator Borah in einer Versammlung mitgeteilt, daß er im Senat für Annullierung der Schulden in den Vereinigten Staaten stimmen werde, wenn Europa vorher den Versailler Vertrag revidieren würde. Die Wohlfahrt der Welt hänge ab von drei Punkten: 1. der vollständigen Revision des Versailler Vertrages, 2. der vollständigen Abrüstung aller Länder, 3. der Ueberzeugung, daß die Welt nicht länger von der Macht regiert werden könnte.

*

Drohen neue Sanktionen?

London, 16. Dezember. Im Unterhause erklärte heute Hilton Young auf eine Anfrage Kenworthys, die durch die deutsche Note geschaffene Lage werde von den Alliierten erörtert werden. In Anbetracht der Dringlichkeit dieser Frage könne die Regierung jedoch nicht versprechen, [illegible] Entscheidung auszuschieben, bis das Haus wieder zusammengetreten sei. Kenworthy fragte weiter, ob irgend welche Sanktionen, wie die Besetzung des Ruhrgebietes, nicht [illegible] neue Kriegserklärung hinauslaufen würden, und ob das Parlament sie nicht erörtern solle, bevor sie beschlossen würde. Das Parlamentsmitglied [illegible] rief dazwischen: Soll das heißen, daß die Regierung neuen militärischen Sanktionen zustimmen werde, ohne das Parlament zu befragen?

Young erwiderte, ich kann dem, was ich gesagt habe, nichts hinzufügen. — In Erwiderung auf eine weitere Anfrage erklärte Young unter ironischen Zurufen der Arbeitervertreter, der bisher von Deutschland auf Grund der Reparations- und finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages erhaltene Betrag genüge nicht, um die Kosten des Besatzungsheeres zu decken. Ein Mitglied des Hauses fragte, ob für den Fall, daß England zustimme, die Kriegsschulden Frankreichs an Großbritannien zu streichen, eine Bedingung dafür die Räumung des besetzten Rheingebietes durch die französischen Truppen sein werde. Chamberlain erwiderte, er könne nichts sagen, was die Bedingung dieser Vereinbarung sein werde, die bisher noch nicht den Gegenstand einer Erörterung gebildet habe.

Annahme des Irlandabkommens

London, 17. Dezember. Im Unterhause wurden die von der britischen Regierung mit den Sinnfeinern getroffenen Vereinbarungen mit 401 gegen 58 Stimmen angenommen. Im Hause der Lords wurden 166 Stimmen für und 17 Stimmen gegen das Abkommen abgegeben.

Ulsters Befürchtungen

London, 17. Dezember. Craigh ist in London eingetroffen, um bei der britischen Regierung erneut gegen die Grenzregulierungskommission zu protestieren. Ulster befürchtet, daß die protestantischen Gemeinden, die unter den katholischen Distrikten Ulsters an der Sinnfein-Grenze liegen, Südirland zugeteilt werden könnten. Lloyd George und Chamberlain haben im Unterhause beruhigende Erklärungen in dieser Beziehung gegeben.

Rechtsverdreher

Eigene Drahtmeldung

Leipzig, 17. Dezember. Seitdem der Strafantrag des Oberreichsanwalts gegen die Angeklagten Jagow, Wangenheim und Schiele bekanntgegeben worden ist, scheint das Interesse an dem Verlauf der Verhandlungen wesentlich abgeflaut zu sein. Die heutige Verhandlung begann mit Ausführungen des zweiten Verteidigers für Wangenheim, des Rechtsanwalts Böttcher aus Berlin. Die kühne juristische Konstruktion seines Kollegen auf der Verteidigerbank sucht er noch zu übertreffen. Auch er redet andauernd von dem Generalstreik, in dem er ein Verbrechen der sozialistischen Regierungsmitglieder erblickt, das den Bolschewisten vorgearbeitet habe. Der brave Wangenheim habe lediglich die Hungersnot abwenden wollen, zudem konnte er glauben, daß Kapp im Besitz der Macht sei, und deshalb habe er ihm seinen Dienst gewähren. Aber eine Führerrolle habe er nicht gehabt. Die sechs Jahre würden für diesen Landbündler das Todesurteil bedeuten. Es muß hier wieder auf die Taktik der Angeklagten und ihrer Verteidigung hingewiesen werden, das Wasser zu trüben, um der juristischen Anklage zu entgehen. Das ganze Gerede vom Generalstreik, der angeblich das Leben vieler Menschen bedrohte, ist ein großer Unsinn. Der Generalstreik war ja erst die Folge des Verbrechens, das Kapp, Wangenheim und Schiele führend mitmachten.

Justiz und Wucher

Von fachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Wir wissen jetzt alle, daß die Preissteigerung, unter der wir jetzt leiden, am wenigsten durch Kleinhandel und Kleingewerbe verschuldet ist, und wir wissen ebenso allesamt, daß die Zeit- und Valutaverhältnisse zwangsläufige Folgen haben, die sich in der Erhöhung der Preise für [illegible] bedarf äußern.

Viel Schuld an den Preistreibereien [illegible] Schieberzunft zur Last. Ganz gewiß hat die Zwangswirtschaft das Aufkommen der Schieber begünstigt, aber allein schuldig ist sie an deren Existenz denn doch nicht. [illegible] Ist sie nicht so gut wie aufgehoben und sind etwa der Schieber dadurch weniger geworden, wie gewisse Handelskreise zur Begründung des Verlangens auf Aufhebung der Zwangswirtschaft als erste und nächste Folge der Aufhebung verkündeten? Und gehörten und gehören zu der Schieberkreisen etwa nur die kleinen Butter- und Milchhändler aus der Zahl der Erwerbslosen und gescheiterten Existenzen oder nicht vielmehr mancherlei Elemente aus den Handelskreisen, die beste Fühlung mit den Handelsvertretungen haben, und statt das Uebel zu verringern, mit dabei sind, es zu vergrößern?

Gewiß trifft jede Verschlechterung unserer Valuta unser Wirtschaftsleben. Aber etwa notwendig und in gleicher Höhe alles? Was hat das Steigen der Devise Neuyork von 100 auf 300 mit den im Inlande gezogenen Kartoffeln, was mit dem Inlandgetreide und allen [illegible] im Inlande produzierten Gütern zu tun? Läßt der Herrgott die Pflaumen nicht genau so billig wachsen wie andre Jahre, wo sie den zwanzigsten Teil von dem kosteten wie dieses Jahr? Soll das Volk immer noch glauben, daß das viele Geld im Strumpfe der Bauern, in den Tresors der Handelsbarone und in den Portefeuilles der Banken von nichts [illegible] nichts komme? Und müssen die Industrien, denen es jetzt gar so wohl geht, an Dividenden, Bonus und dergleichen wirklich so viel auswerfen, daß zum Beispiel das Zeitungsgewerbe nicht mehr weiß, wie es das [illegible] soll? Hier liegt der Schaden!

Löhne und Steuern sollen da [illegible]. Was nur den hohen Löhnen alles zur Last gelegt [illegible]! Natürlich, der Arbeiter und der Angestellte kann heute nicht mehr mit dem auskommen, was ihm früher geboten wurde. Aber hat man nicht auch schon davon gehört, daß [illegible] bei der Stellung jeder neuen Lohnforderung Handel und Industrie die Preise in die Höhe schraubten und die wartenden Arbeiter und Angestellten hinzogen, mit dem [illegible] in die Tasche steckten? Und gar die bösen Steuern! Wer hat sie denn bezahlt? Etwa der Handel, die Industrie oder die Landwirtschaft, die [illegible] nicht genug jammern können [illegible] und Konjunkturgewinne [illegible] Valuta- [illegible] Der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte [illegible] Und für die Preissteigerung kommen sie daher erst in zweiter Linie in Betracht. Soll es doch in der Landwirtschaft große Feldeigner geben, die [illegible] Hypotheken [illegible] stehen Pferd und Wagen [illegible] Fürsten leben aber . . . immer noch wenige tausend Mark Einkommen versteuern. [illegible] durch der Butterpreis von heute [illegible] pro Pfund.

Es wird gefordert, daß der Handel die [illegible] zur Erzielung von Konjunkturgewinnen [illegible] Ausgleich von [illegible] Marktpreis [illegible] leisten soll er berechtigt sein, den [illegible] Einkaufspreis [illegible] unbekümmert um seinen [illegible]. Ist es nicht gerade der beste Beweis dafür, daß der Handel der Großhandel es ist, der die Hauptschuld trägt an dem ungesunden Springen der Preise in Fortsteigender Konjunktur? Muß es nicht die wilde Spekulation in der Börse geradezu anstreben, wenn es erlaubt sein soll, Wucher zu treiben mit dem Lebensnotwendigsten [illegible] [illegible] und Dank, daß hier [illegible] dem [illegible] allen [illegible] Handelskreise [illegible] Konjunkturgewinne [illegible] Materialien [illegible] des Handels Genüge getan werden.

Das Verderblichste aber ist und bleibt die Devisenspekulation! Wir können mit dem, was unser Land trägt, nicht auskommen und bedürfen der Einfuhr. [illegible] es das in der Bankwelt zusammengeballte Großkapital, [illegible] und seine Angestellte macht. Die [illegible] Spekulanten, die Arbeit machen und wenig Gewinn versprechen, drückt man [illegible] ab. Aber die Devisenspekulation [illegible] man, züchtet sie und freut sich ihres Gedeihens, denn der Profit winkt, und . . . das Volk [illegible] in Gestalt von Preissteigerungen für die Einfuhrgüter. So ist die Sachlage!

Das mag genügen, obwohl hier noch unendlich viel zu sagen wäre. Nun aber zu der Frage, was dagegen zu tun ist.

Dem Schieberunwesen ist verhältnismäßig leicht zu Leibe zu gehen. Ausbau der bestehenden Bestimmungen für Erteilung oder Versagung der Großhandelserlaubnis und rücksichtslose Entziehung derselben bei [illegible] [illegible] unter gleichzeitigem Ausschluß aller [illegible] durch Verschiebung von Verbindlichkeiten wird [illegible] Durchführung bald mit dem Uebel aufräumen.

Der Wucher muß dort gefaßt werden, wo er die Wurzel hat, nicht beim Kleinen, sondern beim Großen. Will der Handel es nicht, so muß er gezwungen werden, [illegible] der [illegible] [illegible] des Reichsgerichts [illegible] Schieben, daß nicht [illegible] erlaubt sein soll, sondern daß nur ein [illegible] Verhältnissen [illegible] ist, der prozentualer Aufschlag auf den Einstand [illegible] vertritt, das Risiko durch Umschlag [illegible] Die Feststellung von [illegible] im Wege des Gesetzes [illegible] Richtpreisen [illegible] und Verbraucherkreise [illegible] der Landwirte [illegible] wird [illegible] bald mit den Strafverfolgungsbehörden [illegible] Schieberhandel [illegible] die Gerichte [illegible] immer noch brauchen, obwohl allbekannt ist, daß sie im großen und ganzen als [illegible] ebenso wie die Vertretungen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft [illegible] unparteiischer [illegible] Willens und in der Lage sind.

Wird die Devisenspekulation endlich durch die [illegible] Maßnahmen [illegible] immer der [illegible] — durch nichts geht dies besser als durch rücksichtslose [illegible] — dann wird die Zeit kommen, [illegible] Besteuerung der Gewinne! [illegible] wo trotz der [illegible] der Verhältnisse wieder [illegible] Handel und [illegible] eintritt. [illegible] der sich mit [illegible] Eigennutz [illegible] Wohl des Ganzen [illegible] werden, [illegible] um die [illegible] wie daß die Einhaltung dieser Bestimmungen verbürgt bleibt. Wehe denn [illegible] Festhalten an der Wuchergesetzgebung!